

Experten mit einem Fragezeichen

Nationalrat hört Mitglieder der Wettbewerbskommission zum Kartellgesetz an

Von Dominik Feusi, Bern

Heute beginnt die Wirtschaftskommission des Nationalrates mit der Revision des Kartellgesetzes. Er wird sich zuerst acht Experten anhören. Sieben davon sind Professoren, und sechs stehen der Weko als aktuelle oder ehemalige Mitglieder nahe. Experten aus der Praxis wie etwa Unternehmer, Vertreter der Konsumenten oder Anwälte mit Erfahrung im Kartellrecht fehlen. Das ist die Folge eines enormen Tauziehens hinter den Kulissen, das zunehmen wird, wenn es nach der Sommerpause um die Detailberatung in der Kommission geht; richtig spannend wird es voraussichtlich im Herbst, wenn das Geschäft ins Parlament kommt.

Im April hatte die Wirtschaftskommission des Nationalrates eigentlich beschlossen, gar keine Hearings durchzuführen. Man wollte sich einerseits auf die Anhörungen des Ständerates verlassen, die als Protokoll vorliegen. Andererseits wurde ein Fragenkatalog einigen Experten unterbreitet, die insgesamt 40 Seiten Antworten zurückgeschickt haben.

Plötzliche Kehrtwende

Dann machte die Kommission eine Kehrtwende und wollte plötzlich doch «unabhängige» Experten einladen. Die Delegationen der Parteien meldeten mehr als 20 Namen, von denen nun acht dabei sind. Finanziell von der Weko oder dem Bund tatsächlich unabhängig sind aber nur gerade zwei. Insbesondere bürgerliche Kommissionsmitglieder sind damit nicht zufrieden.

Brisant ist bei diesen Anhörungen vor allem, dass es bei der Gesetzesrevision auch um die zukünftige Organisati-

on der Wettbewerbskommission geht. Das bedeutet: Die Professoren sprechen über ihre eigene Zukunft. Der Ständerat beschloss die Verkleinerung der Weko auf fünf Personen. Unklar ist, ob diese Wettbewerbshüter weiterhin im Nebenamt tätig oder vollamtlich für die Weko arbeiten sollen. Die heute für die Weko tätigen Professoren sind dem Vernehmen nach vehement: Sie bevorzugen ein Nebenamt – bei einem Vollamt würden sie nämlich den Lehrstuhl an ihren Universitäten verlieren.

Weitreichende Auswirkungen

Das Kartellgesetz ist ein kurzes Gesetz – mit weitreichenden Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Darum wird seit Jahren darüber gestritten. Ursprünglich empfahl ein umfangreicher Expertenbericht sogar die Lockerung des Gesetzes, damit mehr Wettbewerb zu tieferen Preisen führen könne. Nach einem internen Papier, das der BaZ vorliegt, ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund der Meinung, es brauche keine Verschärfung des Kartellgesetzes. Neben der zukünftigen Organisation geht es auch um ein Verbot von sogenannten «Teilkartellen». Das hätte zur Folge, dass auch Arbeitsgemeinschaften – beispielsweise beim Bau von Strassen, Tunnels oder Bahnstrecken – aufwendig beweisen müssten, dass sie dem Wettbewerb nicht schaden würden. Diese Beweislastumkehr wird etwa vom Gewerbeverband massiv kritisiert. Besonders kleine und mittlere Betriebe könnten so gar nicht mehr bei grossen Aufträgen mitmachen. Da diese Regelung der Weko viel schwierige Beweisarbeit erspart, dürfte sie von den bei der Anhörung sprechenden Professoren mehrheitlich unterstützt werden.



Enormes Tauziehen hinter den Kulissen. Vincent Martenet, Präsident der Wettbewerbskommission (rechts) und Direktor Rafael Corazza. Foto Keystone

Der dritte Knackpunkt ist ein vom Ständerat zusätzlich eingefügter Artikel, der es der Weko ermöglichen soll, ausländische Unternehmen zu verpflichten, zu ausländischen Preisen in die Schweiz zu liefern. Damit soll etwas gegen die hohen Preise in der Schweiz gemacht werden. Gemäss den Daten des europäischen Statistikamtes ist die Schweiz das teuerste Land Europas, mit grossem Abstand insbesondere zum Nachbarland Deutschland. Ob das Kartellgesetz dagegen etwas tun kann, ist umstritten, denn es garantiert nicht tiefe Preise, sondern Wettbewerb. Im internen Papier des Gewerkschaftsbun-

des wird argumentiert, dass die hohen Preise vor allem auf «politische Regulierungen» zurückzuführen seien. In der Wandelhalle des Bundeshauses kursiert das Beispiel eines Gewerbebetriebes, der eine mehrere Millionen Franken teure Maschine zu rund 30 Prozent höheren Kosten anschaffen musste als ein italienischer Konkurrent. Genau dieses Beispiel wäre jedoch nach heutigem Recht als verbotene Abrede und Ausnützen von Marktmacht untersagt. Das sagen sowohl Experten aus der Praxis wie auch das Papier des Gewerkschaftsbundes – und das dürften auch die Experten im Hearing so sehen.

Nachrichten

Genfer Finanzen laufen aus dem Ruder

Genf. Der Kanton Genf lebt über seine Verhältnisse. Die finanzielle Situation sei besorgniserregend, sagt der Direktor der Genfer Handels- und Industriekammer, Jacques Jeannerat. 22 000 Franken kostet jeder Einwohner den Kanton Genf pro Jahr, während beispielsweise die Kantone Zürich und Waadt jeweils weniger als 15 000 Franken pro Kopf ausgeben. Dies zeigt eine Studie der Genfer Handels- und Industriekammer. SDA

TCS und ACS unterstützen Initiative

Bern. Die Delegierten des ACS wie auch diejenigen des TCS haben an ihren jeweiligen Versammlungen in Neuenburg und Baden der von der Importeurevereinigung Auto Schweiz lancierten «Milchkuh-Initiative für eine faire Verkehrsfinanzierung» ihre volle Unterstützung zugesagt. Ausserdem lehnten sie die Pflasterlipolitik des Bundes, wie sie beispielsweise mit der Preiserhöhung der Autobahnvignette betrieben werden soll, ab und plädierten stattdessen für einen dringend notwendigen Strassenfinanzierungsfonds auf Verfassungsebene. SDA

Hengartner neuer Rektor der Universität Zürich

Zürich. Der Molekularbiologe Michael Hengartner ist neuer Rektor der Universität Zürich. Der 46-Jährige ist seit 2009 Dekan der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Uni Zürich und wurde am Montagabend vom Universitätsrat für die Amtszeit 2014–2018 gewählt. Hengartner folgt auf Andreas Fischer. Der 66-Jährige tritt nach fünf Jahren aus Altersgründen zurück. SDA

ANZEIGE

21 Millionen für KPT-Kunden.



Wann machts bei Ihnen Klick? KPT, die führende Online-Krankenkasse, hat im Juni insgesamt 21 Millionen Franken an ihre Kunden mit einer Spitalzusatzversicherung rückerstattet. Die 2012 angefallenen Spitalkosten in der Zusatzversicherung haben sich vorteilhafter entwickelt als angenommen. Die KPT hat frühzeitig für diesen Fall vorgesorgt und zu Gunsten ihrer Versicherten einen Überschussfonds eingerichtet. Interessiert, in Zukunft von einer Krankenkasse zu profitieren, die dazu auch mit persönlicher Beratung, günstigen Prämien und einem sprichwörtlich ausgezeichneten Kundenservice glänzt? Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme über info@kpt.ch oder Tel. 058 310 98 88.

KPT
CPT
Einfach gut versichert.